

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erst erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinformatige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gepaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

53. Jahrgang.

Nr. 12.

Dienstag, den 30. Januar

1906.

Die Königliche Amtshauptmannschaft hat mit dem Bezirksausschusse als Sachverständige zu den **Bezirkschätzungsausschüssen bei der staatlichen Schlachtviehverversicherung** und zugleich als von den Ortsbehörden zuzuziehende Sachverständige zur **Ermittelung der nach dem Reichsgesetze vom 23. Juni 1880 bei auftretenden Seuchen für getötete Tiere zu gewährenden Entschädigungen** für den amtschauptmannschaftlichen Bezirk auf das Jahr 1906 die in nachstehendem Verzeichnis aufgeführten Herren gewählt.

Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,
am 17. Januar 1906.

212. A.

Verzeichnis. Amtsgerichtsbezirk Eibenstock.

- 1) Ortsrichter Carl Friedrich **Glöckner** in Carlsfeld,
- 2) Tischler Adolph **Baumgarten** daselbst,
- 3) Privatier und Oekonom Ernst **Kalt** in Hundshübel,
- 4) Gutsbesitzer und Gerichtsschöffe Oswald **Baumgärtel** in Oberstüßengrün,
- 5) **Gustav Schneider** in Reidhardtsthal,
- 6) Brauereibesitzer Christian Gottlieb **Tippner** in Oberstüßengrün,
- 7) Gutsbesitzer Christian Gottlieb **Baumgärtel** in Schönheide,
- 8) Wirtschaftsbesitzer Gottlieb **Leut** daselbst,
- 9) Gutsbesitzer und Schneidemühlenbesitzer Robert Friedrich **Fröhlich** in Sosa,
- 10) **Gustav Schneider** in Sosa,
- 11) **Carl August Schubert** in Unterstüßengrün,
- 12) Gasthofsbesitzer Carl Gottlob **Geier** in Wildenthal,
- 13) Wirtschaftsbesitzer Louis **Seidel** in Wildenthal,
- 14) **Hermann Arnold** in Carlsfeld,
- 15) **und Gemeindevorstand Ernst Engert** in Hundshübel,
- 16) Fabrikbesitzer Hartwig **Wenzel** in Reidhardtsthal,
- 17) Gutsbesitzer Julius **Fröhlich** in Sosa,
- 18) Wirtschaftsbesitzer Otto **Witz** in Wildenthal,
- 19) **Ernst Wilhelm Wädler** in Oberstüßengrün,
- 20) Privatmann Christian **Zugelt** daselbst,
- 21) Baumeister Robert **Unger** in Schönheide,
- 22) Wirtschaftsbesitzer Ernst **Unger** daselbst,
- 23) **Alban Glöckner** in Unterstüßengrün,
- 24) **August Werner** daselbst,
- 25) Jagdaufsicher Friedrich **Unger** in Blauenthal,
- 26) Werkführer Ernst **Schott** daselbst,
- 27) Wirtschaftsbesitzer Gottlob **Schleifinger** in Neuheide,
- 28) **Franz Carl Normann** in Neuheide,
- 29) Oekonomieverwalter R. **Börner** in Schönheiderhammer,
- 30) Restaurateur Franz **Morgner** in Schönheiderhammer,

- 31) Werkführer Reinhold **Brügger** in Muldenhammer,
- 32) Geschäftsführer Emil **Keller** daselbst,
- 33) Fabrikbesitzer Bruno **Bretschneider** in Wolfsgrün,
- 34) Hofmeister Walter **Freiberg** daselbst.

Im Handelsregister des Königlichen Amtsgerichts Eibenstock ist heute auf Blatt 222 für den Stadtbezirk von Amtswegen das Erlöschen der darauf eingetragenen Firma **Georg Rockstroh in Eibenstock** eingetragen worden.

Eibenstock, den 25. Januar 1906.

Königliches Amtsgericht.

Nr. 3 des **L. Nachtrages zum Schankstättenverbotsverzeichnisse** ist zu streichen.
Stadtrat Eibenstock, den 26. Januar 1906.
Sesse. Wrt.

Bekanntmachung.

Nachstehend den von der Königlichen Amtshauptmannschaft genehmigten ortstatutarischen Beschlüsse zu veröffentlichen.
Carlsfeld, am 25. Januar 1906.

Der Gemeinderat.

Brandt, Gemeindevorstand.

Abchrift.

Nr. 207 A.

Beschluß

der **Königlichen Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,**

vom 18. Januar 1906.

Dem

Gemeinderate zu Carlsfeld

auf den Bericht vom 1. Dezember 1905 — Nr. 375 I. — zu eröffnen, daß die Königliche Amtshauptmannschaft unter Mitwirkung des Bezirksausschusses den ortstatutarischen Beschluß genehmigt, daß die öffentlichen Bekanntmachungen in der Gemeinde Carlsfeld künftig hin durch Anschlag an einem in der Hausflur des Gemeindeamtes befindlichen Aushängekasten bewirkt werden, auf den ein an der Außenseite des Gemeindeamtes leicht sichtbar angebrachtes Schild hinweist.

Der Aushang in dem Gasthose sowie in der Arnold'schen Restauration kann zur weiteren Verbreitung der Bekanntmachungen stattfinden, hat aber keine Publikationswirkung. Dieser Beschluß ist gemäß § 7 des Gesetzes vom 18. April 1884 im Amtsblatte der Königlichen Amtshauptmannschaft zu veröffentlichen.
(gez.) **Demmering.** A.

Appell an die Ordnungsparteien.

Der Reichskanzler und Ministerpräsident Fürst Bülow hat am Donnerstag im preussischen Herrenhause erklärt, die vorhandenen gesetzlichen Mittel reichen bis jetzt aus, Staat und Gesellschaft, Kultur und persönliche Freiheit gegen die revolutionären Triebe der Sozialdemokratie zu schützen. Den Zeitpunkt zu bestimmen, wann etwa die Gesetzgebung zur Gewährung außerordentlicher Mittel in Anspruch zu nehmen sei, müsse der Regierung überlassen werden. Gleichzeitig richtete der Reichskanzler einen kurzen, aber eindringlichen Appell an alle bürgerlichen Parteien zur Einigkeit gegen den gemeinsamen Feind. Unter dem starken Eindruck der Rede verzichtete das Herrenhaus auf eine weitere Besprechung der Angelegenheit und gab damit selbst das beste Beispiel dafür, daß Regierung und alle für Ordnung und ruhigen Fortschritt eintretenden Kräfte, wenn es sich um die Sozialdemokratie handelt, alle Parteistreitigkeiten unterdrücken und einig und geschlossen vorgehen sollen.

Fürst Bülow erwähnte auch, daß es zur nachdrücklichen Abwehr revolutionärer Bestrebungen dienlich sei, Mißlichkeiten zwischen Regierung und Ordnungsparteien zu verhindern oder zu beseitigen. Eine solche Mißstimmung besteht z. B. im Reichstage, weil die Abgeordneten keine Diäten bekommen. Dieser Zustand wirkt nach Ansicht vieler zu Gunsten der Sozialdemokratie, insofern er dazu beiträgt, daß das Haus in der Regel beschlußunfähig ist und es die Sozialisten in der Hand haben, durch Vielredereien die Geschäfte zu verschleppen oder durch Anträge auf Auszählung des Hauses die parlamentarische Maschine zum Stillstand zu bringen. Dabei ist zu beachten, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten Diäten aus der Parteikasse erhalten und daher die Sitzungen des Reichstages vollzähliger besuchen, als die Mitglieder anderer Parteien.

Der Wunsch, den Reichstag aktionsfähiger zu machen und die bürgerlichen Parteien in ihrer parlamentarischen Vertretung zu kräftigen, hat ohne Zweifel entscheidend für den Entschluß mitgesprochen, das so häufig ausgesprochene Verlangen der großen Mehrheit des Hauses auf Gewährung von Diäten zu erfüllen. Ein Gesetzentwurf ist in Vorbereitung. Man wird abzuwarten haben, in welcher Form und mit welchen Modifikationen Diäten vorgeschlagen werden. Jedenfalls ist zu hoffen, daß damit nicht bloß eine Verstärkung zwischen Bundesrat und Reichstag beseitigt, sondern auch den Ordnungsparteien mehr Kraft verliehen und ihr Pflichtbewußtsein geschärft wird.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. An amtlicher Stelle in Berlin wird bestätigt, daß eine Vorlage, betreffend die Gewährung von Anwesenheitsgeldern an die Reichstags-Abgeordneten in Vorbereitung ist. Ueber die Art der Vorlage werden nähere Angaben nicht gemacht; doch glaubt man annehmen zu dürfen, daß die Gewährung bedingungslos erfolgen wird.

— Der Deutsche vertrinkt jährlich den Gesamtbetrag der Reichsschulden. Der Deutsche gibt im Jahr fast ebenso viel für alkoholische Getränke aus, als die gesamten Reichsschulden betragen. Diese lehrreiche Feststellung wird in besonders eindringlicher Weise jetzt wieder von amtlicher Seite gemacht. Die Reichsschulden betragen 2933 Millionen Mark, während im Jahre 2826 Millionen Mark für Alkohol ausgegeben werden. Ganz verschwindend sind daneben die Ausgaben der Nation für ihre Verteidigung. Im Rechnungsjahre 1903/04 wurden 858 1/2 Millionen Mark für Landheer und Marine ausgegeben. Die Aufwendungen für die gesamte Arbeiterversicherung betragen 488 Millionen Mark, die für die öffentlichen Volksschulen nur 419 Millionen Mark. Der Deutsche gibt also fast 3 Milliarden für Alkohol aus, d. i. dreimal so viel wie der Aufwand für die Unterhaltung von Heer und Flotte, sechsmal die Jahresausgabe für die gesamte Arbeiterversicherung und siebenmal die Aufwendungen für die öffentlichen Volksschulen.

— Aus Dar-es-Salaam, 27. Januar, liegt folgende Nachricht vor: Major Johannes meldet aus Songea, daß Leutnant Simern am 28. Dezember bei Mohamafiro ein größeres Gefecht gegen 200 Wanganoni hatte. Der Feind verlor 24 Tote. Deutscherseits keine Verluste.

— Oesterreich-Ungarn. Das ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet aus Wien: Graf Julius Andrássy hat seine Ideen über die Entwirkung der ungarischen Krise dem Kaiser vorgetragen. Er hat auch mit dem gemeinsamen Kriegsminister Feldzeugmeister v. Bitrich konferiert. Diese Besprechungen haben zu dem Ergebnisse geführt, daß der Standpunkt des Grafen Andrássy in der Militärfrage ein solcher ist, daß er die im Gesetz Artikel 12 vom Jahre 1867 normierte einheitliche Leitung, Führung und innere Organisation der gesamten Armee, die auch für Ungarn die kräftigste Bürgschaft seiner staatlichen Existenz bildet, noch immer derart tangiert, daß die Krone auf die unterbreiteten Vorschläge überzeugungsgemäß nicht einzugehen vermag. Der Kaiser hat an den Grafen Andrássy die Frage gerichtet, ob er auf der Grundlage der vom Monarchen zum Ausdruck gebrachten Ansichten bereit wäre, die Regierung

zu übernehmen, worauf Graf Andrássy erklärte, er sei in der Lage, diesem Wunsche nachzukommen. Darauf erging an ihn seitens des Kaisers die Weisung, den Führern der koalitierten Parteien eine mit demselben Gegenstande zusammenhängende mündliche Botschaft des Kaisers zu übermitteln und über ihren Beschluß binnen kurzem dem Kaiser Bericht zu erstatten.

— Rußland. Der russische Ministerrat hat sich für die politische Freiheit der Regierungsbeamten ausgesprochen. Sie dürfen jeder politischen Partei angehören, nur nicht den Umfurtparteien.

— Der Kommandant von Wladivostok General Selivanow ist von meuternden Matrosen schwer verwundet worden.

— Spanien. Der Vertreter der Frankfurter Zeitung in Algieras erfährt, daß letzten Donnerstag eine Besprechung zwischen Revoil und v. Radowicz stattgefunden hat und zwar auf Anregung Visconti-Venostas, um einen Meinungsaustausch bezüglich der Polizeifrage herbeizuführen. Dieser hat, wie verlautet, ein zufriedenstellendes Resultat ergeben. Man wollte durch eine vorbereitende Aussprache das Gelingen der Konferenzarbeit sichern. Ein guter Kenner der Verhältnisse versicherte dem genannten Berichterstatter, daß trotz des großen Gewichtes, das Frankreich auf die alleinige Ausübung der Polizeigewalt legt, die Sache nicht überschätzt werden dürfe. Wesentlich sei namentlich, daß Marokko überhaupt eine Polizei erhalte.

— England. Den beiden Burenrepubliken Südafrikas soll demnächst die Selbstverwaltung gewährt werden. Wie ein Telegramm der „Magd. Ztg.“ aus London meldet, hat der englische Ministerrat eine dahingehende definitive Entscheidung bereits getroffen.

— Sien. Für eine moderne Entwicklung Chinas sind bemerkenswerte Anzeichen vorhanden. Dieselben äußern sich nach drei Seiten hin. Durch kaiserlichen Erlaß ist das alte Prüfungssystem abgeschafft und das Streben nach westlicher Bildung staatlich begünstigt. Eine Kommission ist abgefaßt, in den europäischen Staaten die Einrichtungen der konstitutionellen Regierung zu studieren. Endlich zeigt China einen bemerkenswerten Eifer, trotz des Hungers überall Bahnen zu bauen, aber Bahnen, die systematisch und mit großen Kosten unter chinesische Leitung gebracht und europäischem Einflusse und Kapital entzogen werden. Daraus geht hervor, daß China, wie vor ihm Japan, mit Ueberlegung darauf ausgeht, sich von der westlichen Bildung und Kultur alles wertvoll Scheinende anzueignen, um mit den Hilfsmitteln des Westens die alte Sonderstellung im Osten wieder zu erlangen.